

MultiWatch präsentiert die Schlussdeklaration des Rates, verfasst an der Anhörung zu Nestlé in Kolumbien Samstag, 29.10.05

Schlussdeklaration des Rates

Am Samstag, den 29. Oktober 2005 fand in Bern eine öffentliche Anhörung zu Nestlé in Kolumbien statt. Diese Veranstaltung wurde von Multi Watch organisiert, einer Organisation die am 14. März 2005 gegründet wurde, und aus Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Hilfswerken, politischen Parteien, kirchlichen Gruppierungen und Vertretern der globalisierungskritischen Bewegung besteht. Bei diesem Anlass haben Vertreter der Gewerkschaft SINALTRAINAL vor einem aus fünf Personen zusammen gesetzten Meinungstribunal vier besonders schwerwiegende Vorfälle öffentlich angeklagt, die in den Fabriken von Nestlé Kolumbien vorgefallen sind. Der Rat hat zum Abschluss der Veranstaltung folgende Erklärung verabschiedet:

Die Anhörung fand von 9 bis 18 Uhr statt. Die Ratsmitglieder waren: Carlo Sommaruga, Rudolf Schaller, Carola Meier – Seethaler, Dom Tomas Balduino und Anne – Catherine Menétrey – Savary. Die politische und soziale Situation in Kolumbien wurde von Miguel Puerto dargelegt. Der kolumbianische Ankläger war Alejandro García Salzedo, Anwalt der Gewerkschaft SINALTRAINAL. Er wurde unterstützt von den Zeugenaussagen von Carlos Olya Rodríguez, Alfonso Barón Sánchez, Onofre Esquivel Luna, und Oswaldo Silva Ditta.

Das Permanent People Tribunal (TPP) war ebenfalls als Beobachter zugegen, vertreten durch Francesco Martone, Antoní Pigrau Solé und Gianni Tognoni.

Der Rat möchte die ausgezeichnete Vorbereitung der Veranstaltung und die Qualität der Zeugenaussagen hervorheben. Die vorgelegten Dossiers wurden mit grosser Sorgfalt vorbereitet. Hunderte von Seiten umfassend, beinhalteten sie eine beeindruckende Anzahl von Dokumenten und Beweisstücken. Der Rat begrüsst vor allem die Qualität der Vorträge und den Mut der Experten und der Zeugen aus Kolumbien, im Bewusstsein, dass diese Arbeiter Todesdrohungen ausgesetzt sind dass sie durch ihre öffentlichen Aussagen ein Risiko auf sich nehmen.

Nestlé nicht zum Dialog bereit

Nestlé hat eine Einladung zur Teilnahme an dieser Anhörung erhalten, aber diese ausgeschlagen, was der Rat bedauert. Der Veranstalter ist in den Besitz einer knappen Stellungnahme des multinationalen Unternehmens gelangt, dessen Absicht es ist, die gegen sie erhobenen Anschuldigungen von vornherein zurückzuweisen. Bei der Durchsicht der wenigen Seiten konnte der Rat feststellen, dass Nestlé noch vor der Kenntnisnahme des Inhalts der Anhörung und der Zusammensetzung der Jury seine Skepsis zum Ausdruck gebracht hat und ein gewisses Misstrauen der Veranstaltung gegenüber äusserte, in dem es die Vortragenden der Parteilichkeit und der Lancierung "hysterischer" Anklagen beschuldigt. Wir bedauern die fehlende Dialogbereitschaft. Wir weisen jedoch darauf hin, dass die Argumente, die Nestlé zu seiner Verteidigung angebracht hat, von den Ratsmitgliedern berücksichtigt worden sind und das letztere diese zur Zeugenbefragung herangezogen haben. Die Antworten die wir erhielten gingen in der Regel weit über die summarischen Rechtfertigungen des Unternehmens hinaus und erschienen uns wesentlich überzeugender.

Der Rat kann die Weigerung, näher auf diese Forderungen der Arbeiter von Nestlé Kolumbien einzugehen nur bedauern, weil er der Ansicht ist, dass das schweizerische multinationale Unternehmen seine Verantwortung wahrnehmen müsste, unabhängig seines einzelnen Standortes in der Welt. Im Laufe des Tages haben die präsentierten Zeugenaussagen gezeigt, dass andere Unternehmungen in Kolumbien ähnlich fragwürdige

Praktiken wie Nestlé pflegen. Wir haben uns jedoch nur dem Fall Nestlé gewidmet, da wir in der Schweiz sind und uns in besonderer Weise von dieser Unternehmenspolitik betroffen fühlen, die im Gegensatz steht zu den Verpflichtungen, die in diesem Land und auf internationaler Ebene eingegangen wurden. Besonders schockierend finden wir das Beispiel, dass Nestlé den Global Compact unterzeichnet hat und allen Anschein nach die darin enthaltenen Prinzipien so wenig respektiert. Der Rat erachtet es als inakzeptabel, dass Nestlé sich damit verweigert, als ob die Probleme seiner Aktivitäten in Kolumbien nur Kolumbien angingen.

Präsentation der Situation Kolumbiens und der Rolle von Nestlé

Die Anhörungen haben zuallererst ergeben, dass die in Kolumbien herrschende Situation äusserst schwierig ist. In diesem Land, in dem man pro Tag 20 Tote aus politischen Gründen zu beklagen hat, sind die Arbeiter und vor allem Gewerkschafter permanenten Drohungen ausgesetzt, zumal man seit 1987 4000 Ermordungen von Gewerkschaftern, Tausende von Verschwundenen, 1700 Fälle von Verletzungen von Menschenrechten an Gewerkschaftern seit der Machtübernahme von Alvaro Uribe im Jahr 2002 zu verzeichnen hat, und 60% der Personen in Armut leben. Es wurde darüber hinaus hervorgehoben, dass juristische Garantien für den Schutz der Arbeiterrechte nicht existieren. Die paramilitärischen Gruppierungen sind im Umkreise der multinationalen Unternehmen sehr zahlreich zugegen, die Gewalt ist allgegenwärtig in einem Klima der Bedrohungen, der Zusammenstösse und der Ängste. In diesem Zusammenhang werden die Gewerkschaften als Guerilla nahe Organisationen und manchmal sogar als Terroristen dargestellt, insbesondere seitdem die USA den milliardenschweren "Plan Colombia" begonnen haben. Allerdings, und das bestätigen die Zeugen sehr deutlich, lässt die Gewerkschaft der Guerilla keinerlei Unterstützung zukommen und wird umgekehrt auch nicht von der Guerilla unterstützt. Darüber hinaus muss hervorgehoben werden, dass die sozialen Bewegungen weiterhin sehr aktiv sind und dass der Widerstand entschlossen und mutig in Erscheinung tritt.

Seit 60 Jahren in Kolumbien präsent, weitet Nestlé unaufhörlich ihre Vormachtstellung aus, in dem sie sich eine quasi Monopolstellung erarbeitet. Zwischen 1947 und 1979 hat Nestlé 13 Fabriken in ihren Besitz gebracht und 9 davon geschlossen. Ihre Unternehmenspolitik hat sich in diesen letzten Jahren sehr verändert, von einer Firma die auf eine lokal ausgerichtete Produktion hin orientiert war, zu einem multinationalen Unternehmen, das Importe und Exporte ausschliesslich auf Profite ausrichtet, ohne auf die Bedürfnisse des Landes Rücksicht zu nehmen. Damit hat sie zur Bereicherung der Grossgrundbesitzer beigetragen, bei denen sie sich mit Milch versorgt, zum Nachteil der kleinen Viehzüchter, die oft von ihrem Land vertrieben wurden. Nestlés Arbeitspolitik zeichnet sich heute durch den klaren Willen aus, die Gewerkschaft loszuwerden, obwohl der gewerkschaftliche Kampf der letzten 40 Jahre zu einer entscheidenden Verbesserung der Situation der Arbeiter geführt hatte. Nestlé wendet derzeit eine Restrukturierungspolitik an, die darauf abzielt, die Produktionskosten zu senken, während aber die Rentabilität seiner Unternehmen unaufhörlich steigt.

Was die dominante Position von Nestlé charakterisiert und erklärt ist auch seine Fähigkeit, aus der extremen politischen Situation des zerrütteten Landes Profit zu schlagen. Zurzeit scheint der kolumbianische Staat sich vollkommen in den Dienst der Wirtschaft im Allgemeinen und von Nestlé im Speziellen stellen zu wollen. Zahlreiche Beispiele wurden angeführt bezüglich diverser Bereiche, in denen Nestlé substantielle Vorteile genossen hat, sei es im Steuerbereich oder durch Subventionen. Ausserdem sichert die Schaffung eines effizienten Netzwerkes von unternehmensnahen Persönlichkeiten innerhalb der Verwaltung, der Ministerien und der Gerichte eine grosse Handlungsfreiheit und quasi Straflosigkeit.

Nestlé hat es geschafft, die Turbulenzen die das Land erschüttern zu überstehen und sogar Profit daraus zu schlagen, dank eines stillschweigenden Einverständnisses, das fast der Komplizenschaft nahe kommt. Die Arbeiter zahlen den Preis für diese Situation, und insbesondere für die Abwesenheiten einer unabhängigen Rechtssprechung.

Fall 1: Ermordungen und Verschwindenlassen

Die Zeugen stellen die 10 Fälle der von vermeintlichen Paramilitärs zwischen 1986 und 2005 ermordeten Arbeiter vor, bei denen es sich im Allgemeinen um Gewerkschaftsführer handelte. Diese Attentate geschahen in der Regel in Momenten, in denen es Spannungen und Konflikte im Unternehmen Nestlé gab, in Zeiten in denen der Gesamtarbeitsvertrag in Frage gestellt wurde oder in einigen Fällen unmittelbar vor einem Streik. Wenn auch Nestlé nicht direkt verantwortlich gemacht werden kann, so ist doch festzuhalten, dass die angewandten Einschüchterungs- und Erpressungsmethoden eine indirekte Verantwortung mit sich bringen. Sich weigernd, den Grossgrundbesitzer einen höheren Preis für ihre Milchlieferungen zu zahlen, hat Nestlé zur Entschuldigung die von den Arbeitern geforderte Gehaltserhöhung ins Feld geführt, und gleichzeitig damit gedroht, seine Produktionszentren zu delokalisieren. Die Gewerkschaften wurden somit zum Feind erklärt, der geschlagen werden muss. Und dabei hat sich gezeigt, dass diese Besitzer zum Teil mit paramilitärischen Gruppen in Verbindung stehen.

Auch wenn sich Nestlé angesichts dieser Gewalt sehr besorgt gibt, so hat das Unternehmen es doch unterlassen, mit aller Härte, die man von ihm hätte erwarten können, zu reagieren, unter dem Vorwand, dass diese Gewalt nicht nur auf die Arbeiter abzielt, sondern auch auf leitende Angestellte, und nicht nur auf ihre Fabriken. In der Überzeugung, dass es sich hierbei um eine Landplage handelt, die ausserhalb ihres Einflussbereiches steht, hat sie nichts unternommen, weder um die Schuldigen einer Verurteilung zuzuführen, noch um ihre Angestellten zu beschützen, und das, obwohl sie über einen grossen Einfluss in der kolumbianischen Regierung verfügt. Laut dem Dokument, das uns zugekommen ist, hat Nestlé den Familien ihr Beileid ausgedrückt, aber jegliche Entschädigung unterlassen.

Der Rat ist der Ansicht, dass Nestlé in diesem Fall seiner Aufgabe aufgrund von Unterlassung und Desengagement nicht nachgekommen ist, dass sie aber indirekt verantwortlich zu machen ist, wenn man ihre Politik der Erpressung und des ständigen Drucks auf die Arbeiter in Rechnung stellt, die geeignet ist, Gewalt zu provozieren.

Fall 2: Entlassungen und anti – gewerkschaftliche Politik

Zu Beginn des Jahres 2002 standen die Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrages in der Fabrik Cicolac an, aber die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterschaft führten zu keinem Ergebnis, da Nestlé die Errungenschaften in Bezug auf die Gehälter und die Gesundheitsversorgung aushöhlen wollte. Obwohl ein Streik beschlossen worden war, haben Morddrohungen dazu geführt, dass die Gewerkschaftsführer den Streikbeschluss zurücknahmen. Aufgrund etlicher Verdrehungen von Tatsachen, besonders bezüglich der angeblichen Arbeitsniederlegung, und nachdem im Frühjahr 2003 ein Schiedsgericht mittels einer illegalen Entscheidung in Abwesenheit des Arbeitervertreters dem Nestlékonzern recht gab, wurden neun Gewerkschaftsvertreter entlassen. In dieser Angelegenheit wurden die rechtlichen Grundlagen nicht respektiert, weder die nationale Gesetzgebung noch die internationalen Konventionen, allen voran die Konventionen 87 und 98 der ILO. Somit haben die entlassenen Arbeiter nicht nur ihre Stelle verloren, sondern darüber hinaus ihre Stellung als Gewerkschafter eingebüsst, da es in Kolumbien nur möglich ist, einer Gewerkschaft

anzugehören sofern ein festes Anstellungsverhältnis besteht. Dieses Vorgehen hat also klar dazu gedient, die Gewerkschaft zu enthaupten, mit dem Ziel sich ihrer endgültig zu entledigen.

Im Herbst 2003 hat Nestlé aus denselben Gründen alle Angestellten zu getrennten Versammlungen mit Vertretern der Geschäftsführung zitiert, um ihnen den freiwilligen Verzicht auf ihre Arbeit im Gegenzug zu einer finanziellen Entschädigung vorzuschlagen. Diese Arbeiter sind praktisch in Hotels festgehalten worden, bis sie ihre Zustimmung gaben. Somit haben 175 Arbeiter ihre Stelle verloren. Lediglich einer hat dieses Angebot ausgeschlagen, aber er findet sich heute in einem isolierten Büro ohne Arbeit wieder. Anstelle seiner regulären Angestellten hat Nestlé bezahlte Zeitarbeiter zum halben Tarif und ohne sozialen Schutz und gewerkschaftliche Rechte angestellt.

Diese Arbeitspolitik widerspricht jedem Recht. Es ist ganz besonders schockierend, dass Nestlé auf diese Weise vorgeht, wo sie sich doch damit rühmt, ein Vorzeigeunternehmen zu sein. Es ist bekannt, dass die Leitung in der Schweiz viel Geld in das Image der Firma steckt und sich das Marketing teuer zu stehen kommen lässt. In dem Dokument, das in unseren Besitz gelangt ist, gibt sie vor, die gewerkschaftliche Freiheit zu respektieren und im Sinne eines grösst möglichen wirtschaftlichen und sozialen Nutzens Kolumbiens zu handeln, dank der zu 90% im Lande hergestellten Produkte. Die vernommen Zeugenaussagen geben keinerlei Anlass, dieser Aussage Glaube zu schenken. Diese Politik der Deregulierung der Arbeit und der zunehmenden Verunsicherung wird ohne Zweifel auch in der Schweiz praktiziert. Nichts desto trotz sind die Konsequenzen in Ländern wie Kolumbien aber besonders schwerwiegend, wo diejenigen die ihre Arbeit verlieren Gefahr laufen, in die totale Armut abzurutschen oder in die Gewaltspirale der Paramilitärs oder der Guerilla zu gelangen.

Fall 3: Abgelaufene Produkte und Umweltverschmutzung

Zwischen September und Dezember 2002 sind mehrmals Lagerbestände abgelaufener Milch entdeckt worden, die Nestlé aus Uruguay und Argentinien importiert hatte und die sie neu verpacken wollte, nach dem sie die Etiketten mit dem Verfallsdatum ausgewechselt hatte. In ihrem Dokument behauptet Nestlé, dass es sich hierbei um einen Etikettierungsfehler gehandelt habe, obwohl sie zugeben musste, dass die Milch tatsächlich abgelaufen und für den Konsum unbrauchbar gewesen sei. Wenn man berücksichtigt, dass dieser "Fehler" sich im Zeitraum von einigen Monaten vier Mal wiederholte, ist es schwierig, von einem puren Zufall zu sprechen! Die Zeugen und die Experten berichten, dass zu anderen Zeitpunkten Nestlé die Vorschriften für Qualität und Produktsicherheit nicht respektiert hat, womit sie die Gesundheit der Verbraucher in Gefahr gebracht hat. Darüber hinaus rufen sie in Erinnerung, dass 1979 Kinder nach einer Vergiftung durch verschmutzte Pulvermilch ihr Leben verloren haben.

Es waren Arbeiter, die diese Missstände entdeckt haben und die die Unternehmensleitung darüber in Kenntnis gesetzt haben. Nachdem sie feststellen mussten, dass diese nichts davon wissen wollte, haben sie den Tatbestand bei den Behörden angezeigt, die dann die Ware hat beschlagen lassen. Leider wurde gegen besagte Angestellte zu Repressalien gegriffen und heute werden sie durch Drohungen belästigt.

Zum selben Kapitel Verunreinigungen und Vergiftungen klagen die Experten die schwerwiegende Verschmutzung der Flüsse durch die Einleitung von Abwässern an, die durch die Reinigung von Tankbehältern mit giftigen Substanzen entstanden sind. Diese Verschmutzung hat verheerende Auswirkungen auf die Fauna der Flüsse, aber auch auf das Grundwasser und gefährdet die Gesundheit der Bevölkerung. Laut Zeugenaussagen kommt es auch vor, dass Nestlé heisses Wasser in Flussläufe ableitet, die ebenfalls grosse Schäden anrichten. Der Rat tut sich schwer damit, zu verstehen, wie sich ein Unternehmen der

Ernährungsbranche, dass sich in Sachen Qualität und Sicherheit für unschlagbar hält, dazu verleiten lassen kann, Wasser zu verschmutzen und Milch zu strecken! Vielleicht glaubt es, dass diese Vernachlässigungen in einem Land wie Kolumbien als weniger schädlich einzustufen sind, während sie in der Schweiz einen Skandal provozieren würden! Vielleicht täuscht sie sich aber, denn in diesem Fall scheinen die staatlichen Behörden und das Parlament endlich zu reagieren, als gebe es eine Schwelle, bei deren Überschreitung der Staat die Augen nicht mehr vor jeglichem Vergehen der grossen Unternehmen verschliessen will.

Schlussfolgerungen

Von den Vorträgen und der Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit der vorgebrachten Beweismittel beeindruckt, kommt der Rat zum Abschluss der Anhörung zu folgenden Aussagen. Der Rat:

- kann das Vorgehen von Nestlé in Kolumbien nur verurteilen. Er ist der Überzeugung, dass dieses für ein multinationales Unternehmen, das sich seines guten Rufes und des Vertrauens seiner Kunden rühmt, unannehmbar ist. Sei es durch seine Versäumnisse im Blick auf die Qualität der Produkte oder auf den Umweltschutz, sei es durch seine Zerstörungspolitik hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, durch seine unerbittliche Feindseeligkeit gegenüber der Gewerkschaft oder durch seine wirtschaftspolitisch aggressiven Methoden, überschreitet Nestlé die Grenzen des Tolerierbaren.
- ist der Ansicht, dass in der Schweiz und auf internationaler Ebene Massnahmen getroffen werden müssen, um Nestlé dazu zu verpflichten, die in den internationalen Konventionen und in der kolumbianischen Verfassung vorgesehenen Gewerkschaftsrechte zu respektieren, gegebenenfalls unter Anrufung der zuständigen Gerichte.
- empfiehlt, bei der ILO weitere Schritte zu unternehmen
- wendet sich an die internationalen Juristenvereinigungen, an die Kirchen und an die gewerkschaftlichen Organisationen sowie an Nichtregierungsorganisationen, um das Vorgehen von Nestlé und anderer multinationaler Unternehmen die die Menschenrechte mit Füssen treten und ihre Arbeiter der Gewalt und der Misere aussetzen, anzuklagen.
- wünscht ausserdem, dass die schweizerischen Behörden dieses Dossier erhalten, dass sie Nestlé auffordern ihre Politik in Kolumbien zu ändern, die Konditionalität der schweizerischen Aussenwirtschaftsbeziehungen in Bezug auf den Respekt der Menschenrechte kohärenter zu gestalten, dies insbesondere mit der kolumbianischen Regierung.

Wir sind zutiefst besorgt darüber, dass die Rechte und das Leben der Gewerkschafter, die als Zeugen nach Bern gekommen sind, bei ihrer Rückkehr nach Kolumbien bedroht sind. Wir stellen abschliessend fest, dass die sich in Kolumbien ereigneten Probleme auch die Schweizer betreffen, die ebenfalls unter der Globalisierung und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen leiden müssen. Auch wenn die Konsequenzen in unseren Breitengraden im Allgemeinen schwächer sind, sollte die Zivilgesellschaft diese Entwicklung zum Anlass nehmen, sich solidarischer in der Verteidigung der Arbeitsrechte weltweit zu engagieren.

Bern, 30. Oktober 2005

Dom Tomás Balduino, Carola Meier-Seetaler, Anne-Catherine Menétrey-Savary, Rudolf

Schaller, Carlo Sommaruga